

Bulgarien

JOHANNA DEIMEL

Für die Bevölkerung Bulgariens war das erste Regierungsjahr des Ministerpräsidenten Simeon Sakschoburggotski, der seit Juni 2001 mit der Nationalen Bewegung Simeon II (NBS) mit absoluter Mehrheit regiert, ein Jahr der Ernüchterung. Die NBS, die sich am 6. April 2002 als Partei konstituierte, ist ein sehr heterogenes Bündnis und von ersten Spaltungstendenzen und Spannungen gekennzeichnet. Die Umfragewerte sind von 81% (August 2001) positiver Einschätzung gegenüber der Regierung auf nur mehr 33% im April 2002 in den Keller gerutscht.¹ Das „Bulgarische Wirtschaftsblatt“ spricht von einer „dreisten Lüge“, die „dem bulgarischen Volk im vergangenen Jahr aufgetischt wurde“, denn heute lebten die Bulgaren schlechter als vorher.² Einer Studie der Weltbank zufolge sind heute doppelt so viele Menschen in Bulgarien arm wie im Jahr 1995.³ Wären Parlamentswahlen, gingen 44% nicht zur Wahl. Und doch ist die politische Situation in Bulgarien als stabil zu erachten, weil derzeit keine der oppositionellen Parteien an einem vorzeitigen Regierungswechsel interessiert ist. Die Union Demokratischer Kräfte (UDK) durchlebt eine Katharsis und leckt noch immer ihre Wunden nach den herben Wahlniederlagen des vergangenen Jahres (Parlaments- und Präsidentschaftswahlen). Die ehemalige Außenministerin, Nadezda Michajlova, nunmehr Vorsitzende der UDK, hat die schwierige Aufgabe, die innerparteilichen Querelen und Konflikte einzudämmen, die sich zwischen dem Kreis um Ivan Kostov auf der einen und reformatorischen Kräften auf der anderen Seite abspielen. Auch für die Bulgarische Sozialistische Partei (BSP) käme ein vorzeitiger Regierungswechsel ungelegen. Sie muss nach dem Wahlsieg Georgi Parvanovs (BSP) bei den Präsidentschaftswahlen ihren innerparteilichen Konsolidierungskurs fortsetzen und die Partei weiter in Richtung sozialdemokratischer Grundsätze reformieren. Ein wichtiges Indiz dafür, dass der sozialdemokratische Kurs weiter verfolgt wird, ist die Wiederwahl von Sergej Stanisev im Juni 2002 zum Parteivorsitzenden. Da zwei Minister des Kabinetts von Simeon Sakschoburggotski einst von der BSP als Bürgermeister unterstützt wurden, fällt es der BSP schwer, Kritik an der Regierung zu üben.

EU-Beitrittsverhandlungen

Als im Dezember 2001 der EU-Gipfel in Laeken mit der Formel 10+2 Bulgarien und Rumänien aus der ersten Gruppe der Beitrittsländer ausschloss, war die Enttäuschung groß. Die Chefunterhändlerin bei der EU, Meglena Kuneva, stellt für viele Bulgaren die Frage, wie es denn um das Versprechen der EU stehe, dass alle Län-

DIE ERWEITERUNG DER EUROPÄISCHEN UNION

der gleich behandelt würden, gleiche Chancen hätten, auch auf- und sogar zu überholen?⁴ Denn Bulgarien hat eine enorme Aufholleistung erbracht und mittlerweile 20 Kapitel geschlossen.

Von der Regierung Saksoburgotski verhandelte Kapitel

Verhandlungskapitel	geöffnet	Vorläufig geschlossen
Freier Warenverkehr	17. Mai 2001	10. Juni 2002
Steuern	27. Juli 2001	10. Juni 2002
Freizügigkeit	26. Oktober 2001	10. Juni 2002
Sozialpolitik und Beschäftigung	26. Oktober 2001	22. April 2002
Wirtschafts- und Währungsunion	21. März 2002	22. April 2002
Institutionen	20. April 2002	20. April 2002
Industriepolitik	21. Dezember 2001	21. Dezember 2001
Freier Dienstleistungsverkehr	30. März 2001	28. November 2001
Telekommunikation und Informationstechnologie	24. Oktober 2000	26. Oktober 2001
Freier Kapitalverkehr	16. November 2000	27. Juli 2001
Noch offene / geöffnete Kapitel		
Wettbewerbspolitik	30. März 2001	
Finanzkontrolle	17. Mai 2001	
Verkehrspolitik	11. Juni 2001	
Zollunion	11. Juni 2001	
Zusammenarbeit im Bereich Justiz und Inneres	27. Juni 2001	
Umweltschutz	27. Juli 2001	
Energie	28. November 2001	
Finanz- und Haushaltsbestimmungen	28. November 2001	
Regionalpolitik	28. November 2001	
Landwirtschaft	21. März 2002	

Quelle: Bulgarisches Außenministerium (Stand 10. Juli 2002)

Die beachtliche Anzahl vorläufig geschlossener Kapitel erhielt entsprechende Würdigung durch den EU-Erweiterungskommissar Verheugen bei seiner Visite in Sofia Anfang Juni 2002. Dennoch schreibt Ilin Stanev in der Zeitschrift „Kapital“: „Verheugen hat kalten Wind nach Bulgarien gebracht“⁵, weil geschlossene Verhandlungskapitel nicht gleichgesetzt werden könnten mit einer erfolgten Umsetzung und Implementierung der Rechtsvorschriften. Verheugen stellte klar, dass Bulgariens Wirtschaft bei einem sofortigen Beitritt des Landes in die EU „kollabieren“ würde, es zu massiver Arbeitslosigkeit und sozialen Unruhen käme.⁶ In der Tat stellte der regelmäßige Bericht der Kommission im November 2001 kritisch fest, dass „Bulgarien kurz davor (stehe), eine funktionierende Marktwirtschaft zu haben“⁷. Darauf konterte der Vorsitzende der parlamentarischen Kommission für EU-Integration, Daniel Valchev, dass das Balkanland nur dann die Reaktorblöcke 1 und 2 von Kozloduj schließen werde, wenn die Kommission Bulgarien 2002 eine funktionierende Marktwirtschaft attestiere.⁸ Neben diesen Drohgebärden ist die bulgarische Regierung bemüht, ihre Integrationsanstrengungen zu optimieren und eine verbesserte Kommunikations- und Entscheidungsstruktur zu erreichen.

Kozloduj

Wieder oder immer noch steht das Atomkraftwerk Kozloduj im Zentrum der öffentlichen und politischen Diskussion in Bulgarien. Es wurde sogar als eine Art Faustpfand gegenüber der EU eingesetzt, als seitens der bulgarischen Chefunterhändlerin der EU signalisiert wurde, dass Bulgarien erst zum Zeitpunkt seines anvisierten EU-Beitritts 2007 die Blöcke 3 und 4 des Atomkraftwerks endgültig vom Netz nehmen werde.⁹ Dass der 1969 gebaute Reaktortyp Kozloduj als äußerst gefährlich eingestuft wird, ist in Bulgarien kein Thema. Vielmehr ist von einem Diktat der EU die Rede, von einem unerlaubten Eingriff in die Energieautonomie Bulgariens. Der nukleare Energiesektor sei, so Meglena Kuneva, einer der wenigen Bereiche, in denen die bulgarische Wirtschaft wettbewerbsfähig sei. Es besteht ein Konsens, dass die Sicherstellung der eigenen Energieversorgung durch das Atomkraftwerk ein vitales Interesse für Bulgarien darstellt.¹⁰ Im April 2002 gaben 78% der von Gallup Befragten an, dass sie die von der EU geforderte Schließung der Blöcke 1 und 2 (Ende 2002) sowie der Blöcke 3 und 4 (2006) ablehnen.¹¹ Die Bevölkerung befürchtet, dass sie die Schließung durch noch höhere Energiepreise und -kürzungen würde schultern müssen. In dieser aufgebrachten Atmosphäre legte Ministerpräsident Sakskoburgotski den Vorschlag auf den Tisch, die Planungen für das bereits 1987 von russischen Ingenieuren zu bauende Atomkraftwerk „Belene“ an der rumänischen Grenze wieder aufzugreifen. Er stieß auf ein ausnehmend positives Echo; eine Bürgerinitiative hatte über 1 Mio. Unterschriften für den Ausbau der Atomenergie gesammelt.¹² Als der EU-Erweiterungskommissar Verheugen Anfang Juni 2002 in Bulgarien war, zeigte er sich deutlich irritiert über die heftige Diskussion um die 1999 in einem Memorandum mit der Regierung Kostov (UDK) vereinbarte Schließung der beiden Reaktorblöcke. Er betonte in einem Interview, dass es sich bei Kozloduj nicht um ein politisches Moment, sondern um eine rein technische Frage handele und dass der Widerstand gegen die Schließung aus Interessenskreisen herrührte, die „Bulgariens EU-Beitritt verhindern wollten“¹³.

Konvent

Seit dem 1. März 2002 tagt der Konvent, an dessen Sitzungen die Bewerberländer beratend teilnehmen können. Als Vertreterin Bulgariens wird die Ministerin für Europäische Integration, Meglena Kuneva, entsandt. Bulgarien hat zum Konvent ein erstes eigenes Positionspapier erstellt, in dem es seine Vorstellungen und Impulse zur Debatte über die Zukunft der EU formuliert:¹⁴ Stärkung der Effektivität und Autorität der Kommission, Wahl des Kommissionsvorsitzenden durch das EU-Parlament, mehr Kompetenz für den Vorsitzenden der Kommission über die Geschäftsbereiche der Kommissare, Ausweitung der legislativen Möglichkeiten und eine selbständige Budgetkompetenz für das Europäische Parlament, Begrenzung der legislativen und exekutiven Funktionen des Rats der EU, eine Ausweitung der Abstimmung mit qualifizierter Mehrheit im Rat, vertiefte Formen der Zusammenarbeit zwischen Europäischem Parlament und nationalen Parlamenten und Überwindung des Demokratiedefizits.

Umfragen zur EU

Die Zustimmung in der Bevölkerung zu einem EU-Beitritt ist überdurchschnittlich hoch. Wie die Umfragen von Eurobarometer zeigen, haben 70% der Bulgaren ein positives Bild von der EU – dies teilen nur 42% der Bürger aus den EU-15.¹⁵ Auch im Privatsektor ist der Optimismus bezüglich einer positiven Veränderung durch einen Beitritt hoch (71%). Man erhofft sich einen leichteren Marktzugang, erwarten aber auch einen härteren Wettbewerb und transparentere Geschäftsgebaren.¹⁶

Deutlichen Nachholbedarf gibt es, die Bürger über die Institutionen der EU zu informieren; nur 39% konnten mit den Institutionen der EU etwas anfangen, sodass hier Bulgarien unter den Beitrittskandidatenländern das Schlusslicht bildet.¹⁷ Um die Bürger zukünftig besser über den Fortgang der Beitrittsverhandlungen zu informieren, hat der Ministerrat im Januar 2002 einen „Aktionsplan“ für den Zeitraum zwischen 2002-2006 beschlossen. Außerdem wurde am 18. Juni 2002 zum ersten Mal der neu geschaffene „Europäische Kommunikationsrat“ einberufen.

Bulgarien strebt eine Vollmitgliedschaft bis 2007 an, dabei wird es nach 2004 eine verstärkte finanzielle, materielle und ideelle Unterstützung beim Annäherungsprozess brauchen. Der EU-Gipfel kam im Juni 2002 in Sevilla überein, dass Bulgarien wie Rumänien im Dezember 2002 in Kopenhagen einen klaren Zeitrahmen, großzügige finanzielle Unterstützung und einen definitiven aktualisierten Fahrplan erhalten sollten. Ab Januar 2003 wird das Nachbarland Griechenland die EU-Präsidentschaft übernehmen, das sich während seiner Ratspräsidentschaft besonders der Belange Bulgariens und Rumäniens annehmen will.¹⁸

Anmerkungen

1. Alpha Research (<http://www.aresearch.org>); Deimel, Johanna: Quo vadis Bulgaria? Europäische Rundschau, 30. Jhg., Nr 1, 2002, S. 79-88.
2. Bulgarisches Wirtschaftsblatt, Nr.4, 4/02, S. 2.
3. The World Bank Study Examines the Extent and Nature of Poverty in Bulgaria. (<http://www.worldbank.bg/press/2002-04-ecbg.html>).
4. Bulgaria – EU: not an Experiment, but a New United Europe – Lecture by Meglena Kuneva, Deputy Minister of Foreign Affairs, and Chief-Negotiator with the EU. (<http://mfa.government.bg/servlet/foreignBG.mainServer>).
5. Kapital (Sofia), Nr. 24, Juni 2002, S. 8.
6. Radio Bulgarien, 31.5.2002, 1005 GMT, Deutsche Welle Monitor Ost-/Südosteuropa.
7. European Commission: „2001 Regular Report on Bulgaria's Progress towards Accession“, Brussels 13.11.2001, p. 36.
8. RFE/RL Newline Vol 6/No.101, Part II, 31.5.2002.
9. Vgl. Anm. 4.
10. Karasimeonov, Georgi (ed.): Barometer. Political Parties Development in Bulgaria April - June 2002. Institute for Political and Legal Studies in cooperation with the Friedrich Ebert Foundation.
11. Bulgarians Oppose EU-Demanded Closure of Nuclear Plant Units. (<http://www.balkantimes.com/html2/english/020429-SVETLA-002.htm>).
12. taz, 8.4.2002.
13. Nach RFE/Newsline Vol. 6, No. 102, Part II, 3.3.2002.
14. Parvonacalna pozicija na Republika Balgarija podebatite za badesteto na Evropejskija sajuz (<http://www.mfa.government.bg/servlet/foreignBG.mainServer>).
15. European Commission: Candidate Countries Eurobarometer 2001, March 2002, S. 42.
16. EUROPA-Enlargement – Weekly Newsletter: 7.5.2002.
17. Eurobarometer 2001, a.a.O., S. 77.
18. Europa-Enlargement – Weekly Newsletter, 11 June 2002.